

Der Brüsseler Gipfel hat gezeigt, dass der freie Vertrag einzelner Staaten oft mehr bewegen kann als eine Zwangsgemeinschaft aller

Nationen bewegen Europa

13.Dezember 2011, Gerd Held

Es sieht wie ein Unfall aus, was auf dem vergangenen EU-Gipfel geschah, und doch könnte es sich als ein sehr produktiver Systembruch erweisen. Nachdem eine EU-Vertragsreform insgesamt nicht gelang, beschlossen einige Länder, einen gesonderten Vertrag anzustreben. Es wird ein freier Vertrag zwischen souveränen Nationalstaaten sein, aber es wird zugleich ein besonders starker europäischer Vertrag sein, der schärfere Regeln und eindeutiger Haftungen vorsieht. Freier zwischenstaatlicher Vertrag und doch festere gegenseitige Bindungen – dies Paradox ist bedeutsam: So kann das rigide EU-Einheits-Normen-System überholt werden, ohne auf eine gegenseitige Abschottung zurückzufallen. Eine stärkere Rolle der Nationalstaaten muss kein schwächeres Europa bedeuten. Im Gegenteil, wenn sich die Nationen in Finanzfragen verpflichten, ihre Hausaufgaben in einer klar definierten und frei gewählten gegenseitigen Verpflichtung zu machen, kann mehr bewegt werden als durch immer größere Gemeinschaftsfonds. Bald könnten auch in anderen kritischen Aufgabenfeldern solche Vertragskoalitionen entstehen. Größere Anstrengungen gelingen nur, wenn Eigenverantwortung und europäische Öffnung der Nationen sich verbinden. Das wäre eine wirkliche Vertiefung Europas.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Im vergangenen Sommer gab es in Frankreich eine Diskussion über die deutschen Strompreise. Darin kam die französische Sorge zum Ausdruck, dass sich im Gefolge der Energiewende in Deutschland die eigenen Energiekosten erheblich erhöhen könnten. Eine durchaus berechtigte Sorge. Der Vorgang zeigt, wie eng die Nationen inzwischen untereinander verkoppelt sind. Was die eine tut, hat Wirkungen auf andere. Und doch muss jede einzelne aus eigener Verantwortung handeln. Deshalb beobachten sich die Völker in Europa heute viel aufmerksamer als früher. Das geschieht nicht nur im negativen Sinn der Kritik, sondern auch im positiven Sinn. Man sucht Vorbildliches. Deutschland hat keineswegs nur negative Presse in Europa. Vielfach wird unser Wirtschaftsstil, der Effizienz und Gelassenheit verbindet, gelobt. Dieser Stil ist wiederum nur entstanden, weil er anglosaxonische und bisweilen auch mediterrane Elemente in sich aufgenommen hat. Wenn also nationale Vorzüge oder Defizite wieder stärker in den Fokus rücken, ist hier dennoch ein größeres europäisches Motiv im Spiel.

Eine solche innere Europäisierung der Nationen erfordert, dass ein Land seine Gesetzesvorhaben auf ihre europäischen Effekte hin überprüft. Das gilt nicht nur für „Problemstaaten“, sondern auch für Deutschland mit seiner Größe und geographischen Lage in der Mitte Europas. Nehmen wir die Energiepolitik: Hier gibt es Anlass für eine kritische Selbstprüfung, ob der deutsche Atomausstieg nicht zu einseitig ist, um in Europa anschlussfähig zu sein. Eigentlich sollte die größte Volkswirtschaft Europas die Vorzüge einer gemischten Lösung, die alle Energieträger einschließt, sorgsam hüten. Denn nur diese Vielfalt macht es möglich, auf unterschiedliche Engpässe und Krisen zu reagieren. Nur so können wir kleineren

Nachbarn, die zwangsläufig einseitigere Lösungen eingehen müssen, Sicherheit geben. Das wurde vorschnell aufgegeben. Die deutsche Energiewende wurde zu wenig europäisch gedacht. Sie ist zu rücksichtslos im Bezug auf andere Nationen.

Auch in anderen Fällen kommt man zu einer Neubewertung. Würde man in Deutschland einen Mindestlohn von 8,50 Euro beschließen, während er in Spanien bei 3,89 Euro und in Polen bei 1,85 Euro liegt, würde man eine schlechte Arbeitsteilung zwischen Hochlohn-Europäern und Niedriglohn-Europäern festschreiben. Kleine Länder können sich spezialisieren, aber große Länder brauchen eine große Spannweite der Arbeitssituationen. Sie müssen ein liberales Vorbild sein und die europäische Vielfalt – nicht vollständig, aber in einem erheblichen Ausmaß - widerspiegeln. Etwas Ähnliches gilt für die Bildung der kommenden Generationen. Wie sollen junge Menschen, die nur noch auf das „gemeinsam Lernen“ gedrillt werden, den sehr verschiedenen Bildungslagen in Europa Respekt entgegenbringen?

Nicht zuletzt geht es auch um die Blockaden beim Bau von Bahnstrecken, Landebahnen und Stromtrassen. Immer steht hier die europäische Anschlussfähigkeit unseres Landes auf dem Spiel und stets kann sie nur von innen heraus hergestellt werden. Es liegen nur ein paar Kilometer zwischen dem Straßburger Europaparlament und der Nord-Süd-Eisenbahntrasse im Oberrhein-Tal, deren Ausbau blockiert ist. Aber diese Blockade kann nur von Deutschland aus aufgelöst werden.

Wenn von der europäischen Sache die Rede ist, denkt man allzu schnell an Vergemeinschaftung. Doch wichtiger ist zunächst, dass die eine Nation sich überhaupt dafür interessiert, was eine andere Nation „aus sich heraus“ liebt und leistet. Nur dieses Interesse kann dazu führen, dass sich die Europäer in ihrem Dasein gegenseitig respektieren und ihre Solidarität nicht ausschließlich in eine abstrakte Sonderwelt namens „Brüssel“ verlegen. Über die Aufmerksamkeit der Nationen füreinander wird wenig nachgedacht. Der Begriff „Europa der Nationen“ hat den Beigeschmack des Gestrigen. Ein solches Europa gilt als engstirnig und kriegsanfällig. Wer gegenwärtig in der Schuldenkrise die Hausaufgaben der einzelnen Staaten betont, wird schnell in die europafeindliche Ecke gestellt. Dabei wird die Möglichkeit, dass eine Nation sich aus Zuneigung mit den Problemen ihres Nachbarn beschäftigt, gar nicht ernsthaft erwogen. Ebenso wenig die Möglichkeit, dass die Nationen untereinander nicht Vorherrschaft suchen, sondern Lernmöglichkeiten. Eine solche Europäisierung der Nationen wird im Grunde ausgeschlossen, obwohl sie gerade jetzt stattfindet.

Gewiss, wir brauchen in der Schuldenkrise auch die gemeinsamen europäischen Institutionen. Die Europäisierung der Nationen löst nicht alle Probleme. Doch bei einem Anliegen ist sie unumgänglich: bei der Wahrung der Demokratie. Es ist kein Zufall, dass das Europäische Parlament bisher noch nie eine kritisch-begrenzende Rolle bei den Haushalten der Europäischen Union gespielt hat. Es ist zu anonym, um wirklich Repräsentant von Richtungsentscheidungen zu sein. Will man also beides, Europa und Demokratie, so führt der Weg nur über eine Weiterentwicklung der Nationen selber. Sie müssen, um es mit Heinrich Heine zu sagen, Nationen werden, die das Herz weit machen und nicht eng.

(Manuskript vom 13.12.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 15.12.2011 unter der Überschrift „Europa neu denken“)